

Bremen, Niedersachsen und Hamburg wollen Frauen in der Landwirtschaft stärken

23.9.2026 - Ina Schulze | Freie Hansestadt Bremen

Gemeinsame Initiative soll strukturelle Benachteiligungen abbauen.

Bremen, Niedersachsen und Hamburg bringen auf der kommenden Agrarministerkonferenz in Würzburg eine gemeinsame Initiative zur Stärkung von Frauen in der Landwirtschaft auf den Weg. Die drei Länder wollen, dass die Leistungen von Frauen auf landwirtschaftlichen Betrieben sichtbarer werden und ihre soziale, wirtschaftliche und rechtliche Stellung verbessert wird. Der Beschlussvorschlag wird auf der Agrarministerkonferenz vom 23. bis 25. September 2026 in Würzburg beraten.

Anlass ist auch das von den Vereinten Nationen ausgerufene Internationale Jahr der Frauen in der Landwirtschaft 2026. Es rückt weltweit die Rolle von Frauen in der Agrarwirtschaft in den Mittelpunkt und macht zugleich auf Herausforderungen aufmerksam, die auch in Deutschland bestehen. Frauen übernehmen auf Höfen vielfältige Verantwortung: Sie arbeiten in der Betriebsorganisation, in der Buchhaltung, in neuen Einkommenszweigen, in der Direktvermarktung oder im sozialen Gefüge ländlicher Räume. Gleichzeitig sind sie in Betriebsleitungen, bei Hofnachfolgen und in Entscheidungsgremien weiterhin deutlich unterrepräsentiert. Nach den im Beschlussvorschlag aufgegriffenen Daten werden landwirtschaftliche Betriebe im Durchschnitt zu rund 90 Prozent von Männern geleitet.

Mit der Initiative fordern Bremen, Niedersachsen und Hamburg den Bund auf, konkrete Verbesserungen bei der sozialen Absicherung, bei der eigenständigen Altersvorsorge, beim Mutterschutz für selbstständige Landwirtinnen, bei Förderprogrammen sowie bei Hofübernahmen und Existenzgründungen auf den Weg zu bringen. Die Länder drängen zudem auf ein dauerhaftes Gender-Monitoring der Agrarförderung. Direktzahlungen, Maßnahmen der ländlichen Entwicklung und nationale Förderprogramme sollen geschlechterdifferenziert ausgewertet und regelmäßig veröffentlicht werden. Damit soll mehr Transparenz geschaffen und Förderinstrumente gezielter weiterentwickelt werden.

Niedersachsens Landwirtschaftsministerin Miriam Staudte: "Frauen haben eine zentrale Verantwortung in unserer Landwirtschaft: als Betriebsleiterinnen, als Mitarbeiterinnen, als Saisonarbeitskräfte, als Partnerinnen. Trotz ihrer hohen Arbeitsmotivation und ihres großen Einsatzes für Betrieb und Familie verfügen bis heute nur wenige Frauen über Betriebseigentum, damit aber ist die soziale Absicherung in vielen Fällen unzureichend. Deshalb ist es mir wichtig, ihre wirtschaftliche Absicherung zu unterstützen und die Position der Frauen in den Betrieben rechtlich zu stärken. Klar ist doch: Ob Betriebe erfolgreich wirtschaften, innovativ sind und positiv in die Zukunft blicken können, hängt maßgeblich von der Arbeit von Frauen in ihren unterschiedlichen Rollen und Funktionen ab."

Henrike Müller, Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft der Freien und Hansestadt Bremen: "Frauen tragen auf landwirtschaftlichen Betrieben jeden Tag Verantwortung, oft sichtbar, oft aber auch im Hintergrund. Sie organisieren, wirtschaften, entwickeln Betriebe weiter, übernehmen Sorgearbeit und halten ländliche Räume zusammen. Trotzdem sind ihre Leistungen und ihre Interessen in Strukturen, Förderverfahren und Entscheidungsprozessen noch nicht ausreichend abgebildet. Das wollen wir ändern. Mit der gemeinsamen Initiative von Bremen, Niedersachsen und

Hamburg setzen wir ein klares Signal. Wer die Landwirtschaft zukunftsfest machen will, muss Frauen stärken: rechtlich, sozial und wirtschaftlich."

Katharina Fegebank, Senatorin für Umwelt, Klima, Energie und Agrarwirtschaft der Freien und Hansestadt Hamburg: "Unsere regionalen landwirtschaftlichen Betriebe sind unverzichtbar: Sie versorgen uns mit frischen Lebensmitteln und sind wichtig für eine gesunde, nachhaltige und klimafreundliche Ernährung. Frauen sind dabei auf vielen Höfen das eigentliche Rückgrat. Trotzdem ist ihre Arbeit oft nahezu unsichtbar. Dass sie in den Chefetagen und bei der Hofnachfolge nach wie vor die Ausnahme sind und bei Mutterschutz oder Altersvorsorge schlicht durchs Raster fallen, ist nicht in Ordnung. Eine zukunfts feste Landwirtschaft braucht die Kompetenz von Frauen – auch in den entscheidenden Führungspositionen. Mit unserer gemeinsamen norddeutschen Initiative setzen wir ein deutliches Signal: Wer die Zukunft unserer regionalen Höfe sichern will, muss dafür sorgen, dass Frauen die rechtliche und wirtschaftliche Absicherung bekommen, die ihnen zusteht."

Mehr Rechte, bessere Absicherung und faire Chancen für Landwirtinnen

Ein Schwerpunkt der Initiative liegt auf der besseren Vereinbarkeit von Familie und landwirtschaftlicher Selbstständigkeit. Selbstständige Unternehmerinnen tragen auch während Schwangerschaft, Geburt und Familiengründung Verantwortung für Betrieb, Tiere, Beschäftigte und wirtschaftliche Entscheidungen. Anders als abhängig Beschäftigte verfügen sie bislang jedoch nicht über einen vergleichbaren gesetzlichen Mutterschutz. Die Länder sprechen sich deshalb dafür aus, einen wirksamen Mutterschutz für selbstständige Unternehmerinnen in der Landwirtschaft zu schaffen, der Schutzzumfang und Schutzdauer vergleichbar absichert. Geeignete Finanzierungsmodelle sollen geprüft und umgesetzt werden.

Darüber hinaus soll die Beteiligung von Frauen in Gremien der ländlichen Entwicklung gestärkt werden. Nach Auffassung der Länder braucht es mehr weibliche Perspektiven dort, wo über Förderungen, regionale Entwicklung und Zukunftsfragen ländlicher Räume entschieden wird. Konkret setzen sich die Länder für eine verbindliche bundesweite Frauenquote in Entscheidungsgremien der ländlichen Entwicklung ein. Über die entsprechenden Schritte soll der Bund zur Frühjahr-Agrarministerkonferenz 2027 schriftlich berichten. Auch bei Hofnachfolgen und Betriebsgründungen sollen bestehende Hürden abgebaut werden, damit qualifizierte Frauen bessere Chancen erhalten, Verantwortung in der Landwirtschaft zu übernehmen.

Mit Blick auf die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik ab 2028 sollen zudem die Möglichkeiten zur gezielten Förderung von Frauen konsequent genutzt werden. Fördervoraussetzungen und Antragsverfahren sollen daraufhin überprüft werden, ob sie Frauen unbeabsichtigt benachteiligen, etwa durch Altersgrenzen oder bestehende Antragsstrukturen.

Die Initiative knüpft an die aktuelle gesellschaftliche Debatte über Gleichstellung, faire Rahmenbedingungen und die Zukunft der Landwirtschaft an. Sie macht deutlich: Frauen sind für eine leistungsfähige, regionale und nachhaltige Landwirtschaft unverzichtbar. Ihre Arbeit verdient Anerkennung und Strukturen, die echte Teilhabe ermöglichen.

Ansprechpartnerin für die Medien:

Ina Schulze, Pressesprecherin bei der Senatorin für Umwelt, Klima und Wissenschaft, Tel.: (0421) 361-96 269, E-Mail: ina.schulze@umwelt.bremen.de

<https://www.senatspressestelle.bremen.de/pressemitteilungen/bremen-niedersachsen-und-hamburg-wollen-frauen-in-der-landwirtschaft-staerken-491086?asl=bremen02.c.732.de>